

Kamener Zeitung

Erste Anzeigen an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühr für die Zeile oder deren Raum 10 Pfg., die Reklame-Zeile oder deren Raum 35 Pfg.

Volksfreund für Kamen und Umgegend
Expedition von J. Brombach in Kamen

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage für's Heim monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig.

Nr. 29.

Donnerstag den 7. März 1907.

35. Jahrgang.

Erstes Blatt.

Reichstag.

In Fortsetzung der Etatsberatung erwidert am Dienstag Abg. Dr. Baasche (Natlib.)

namens der Fraktion auf die Ausführungen des Herrn v. Hertling; wenn nur Abg. v. Hertling für das Zentrum gesprochen hätte, würde seine in vornehmem Tone gehaltene Rede einen ganz anderen Eindruck gemacht haben; er trat auch gegen die Stichwahlparole des Zentrums auf. Es sei bedauerlich, daß das Zentrum einem so erfahrenen Politiker nicht gefolgt sei. Seiner Bemerkung gegenüber jedoch, in der er die jetzige Reichstagsauflösung mit der im Jahre 1878 verglichen und nach der die Nationalliberalen eine Nebenregierung angestrebt hätten, erinnere er (Baasche) daran, daß Bismarck niemals danach gestrebt hätte, in ein Ministerium einzutreten. Bismarck verlangte nur, als Bismarck ihn drängte, in ein Ministerium einzutreten, daß außer ihm noch ein anderer Fraktionskollege berufen würde. Daran scheiterte die ganze Kombination. v. Hertling meinte gestern, das Zentrum war immer in einer prekären Lage, es war eine Minderheitspartei; es habe auch der Regierung gegenüber seinen Willen nicht durchsetzen können. Das klingt so, als ob das Zentrum niemals eine Machtstellung, eine ausschlaggebende Stellung besessen hätte. Die Behauptung, daß die nationalliberale Fraktion verlangte, ihr große Gesetzesvorlagen vor der Einbringung zu unterbreiten, ist in der von Hertling gegebenen Darstellung nicht zutreffend. Selbstverständlich ist es, daß in solchen Fragen die großen Parteien gehört werden. In der ersten Lesung lehnte das Zentrum immer die Vorlagen ab; in der Kommission wurde dann die Regierungsforderung umgewandelt. In beiden evangelischen Kreisen entstand eine wahre Begeisterung, daß endlich gegen die Machtstellung des Zentrums vorgegangen wird. Der Ruf: Los vom Zentrum ist nicht auf unser Konto zu setzen, sondern allein auf das des Zentrums. Sie (zum Zentrum) werden uns auch künftig zwingen, den Kampf gegen Sie zu richten. Die Bedeutung des 13. Dezember wird jetzt möglichst zurückgeschraubt. Es wird gesagt, hätte man die dritte Lesung abgewartet, so wäre eine Verständigung erzielt. In solchen Fragen der nationalen Ehre darf die Regierung nicht nachgeben, darüber freue ich mich. (Lebhafter Bravo.) Um gegen zwei Subalternbeamten vorzugehen, dazu bedarf es allerdings nicht einer Nebenregierung. Die beiden Abgeordneten (Möller und Erzberger) versuchten aber unter Berufung auf die Machtstellung des Zentrums, in die administrative Gewalt der Regierung einzugreifen, und da ist es gleichgültig, ob es sich um Wüstha oder einen hohen Beamten oder um ganze Missionsgesellschaften handelt. Niemand von uns dachte daran, den Kulturkampf zu entseffeln. (Sehr wahr.) Wir verlangen Freiheit der Religionsübung für alle Konfessionen. Dagegen wurden z. B. in meinem Wahlkreis die Zentrumsversammlungen mit „Nieder mit dem Protestantismus!“ geschlossen. (Hört! Hört!) Wir Liberalen müssen die kleinen Gegensätze in unseren Reihen vergessen und beweisen, daß wir auch ohne Zentrum die großen nationalen Aufgaben erfüllen können. (Lebhafter Beifall.)

Abg. v. Kröcher (Kons.)

verwahrt sich dagegen, daß er das Reichstagswahlrecht abschaffen wolle; er habe wohl oft scharf das Wahlrecht kritisiert und gesagt, daß er das geheime Wahlrecht verwerflich für unser Vaterland halte, weil es den berechtigten Einfluss hintanhalt. Das Verlangen eines konservativen Führers aus dem Herrenhause auf Abschaffung des Reichstagswahlrechts habe er für verfehlt. Uebrigens sei das Verlangen nach einer Aenderung des preussischen Wahlrechts nicht mehr berechtigt, als dasjenige auf Aenderung des deutschen Wahlrechts.

Abg. Erzberger (Ztr.)

erklärt gegenüber den gestrigen Ausführungen v. Loebeß, die Mitteilungen des Chefs der Reichskasse sind, weil in meiner Abwesenheit geschrieben, nicht beweiskräftig. Ein Reichstagsabgeordneter darf doch nicht schlechter gestellt werden, als jeder Zeuge oder Angeklagte, der einen Einfluss auf das Protokoll hat. Nach meiner Erinnerung ist die Darstellung v. Loebeß nicht richtig. Unrichtig ist es, daß ich eine solche Zumutung, wie sie mir vorgehalten wurde, an v. Loebeß stellte; ich habe lediglich eine generelle Untersuchung der angezeigten Mißstände im Kolonialwesen verlangt. In eine ähnliche Lage wie ich, wird wohl fast jeder Abgeordnete schon gekommen sein, und im Interesse eines Beamten in ein Reichsamt gegangen sein. Ich wollte nur einen Ausgleich suchen, ohne die Öffentlichkeit mit diesen gewiß nicht angenehmen Dingen zu beschäftigen. Uebrigens wurden andere Teile unserer Unterredung, z. B. über das preussische Volksschulunterhaltungsgebot (Hört! Hört! links, große Unruhe), nicht protokolliert. Auch der frühere Abgeordnete Dr. Müller-Sagan war, da ihm die Fälle Buttke und Kantenberg bekannt waren, in der gleichen Sache beim Reichskassator gewesen; er handelte korrekt dem Wunsch des Bäckers gemäß. Ihm ist aber nie ein Vorwurf der Nebenregierung gemacht worden. Die Untersuchung wurde nicht gegen die schuldigen Kolonialbeamten, sondern gegen Bismarck eingeleitet. (Hört! Hört! im Zentrum.) Niemand von meiner Partei wird zukünftig den Weg einer Verständigung betreten, sondern alles hier im Reichstage vorbringen. (Beifall im Zentrum.)

Geheimrat v. Loebeß

erklärt, bei einem Vergleich meiner gestrigen Erklärung mit der heutigen Rede Erzbergers wird jeder sofort wissen, auf welche Seite er sich in dieser Frage zu stellen hat. Es ist richtig, daß das von Müller-Sagan eingereichte Material vom Reichskassator weitergegeben worden ist, um eine Untersuchung raschestens einzuleiten und das Disziplinarverfahren gegen Bismarck zu eröffnen. Ich gab als Vermittlungshilfe dieses Material dann an das Kolonialamt zur

Klassifizierung weiter. Selbstverständlich nahm ich nur von dem wichtigsten Inhalt der Unterredung mit Erzberger Notiz, dadurch wird aber die Richtigkeit meiner Sätze nicht berührt. Ich habe gestern schon erklärt, daß ich von vornherein den Eindruck gehabt habe, daß Erzberger nicht im Auftrage seiner Partei gehandelt habe. Erzberger bestreitet jetzt, daß er beabsichtige, einen Einfluss auf den Gang des Disziplinarverfahrens gegen Bismarck auszuüben. Das ist nun die dritte Version Erzbergers. (Sehr gut!) Aus der beeideten Zeugenaussage Erzbergers vom 10. Juli geht hervor, daß er versuchte, ob nicht die Angelegenheit auf eine andere Weise als durch das Disziplinarverfahren erledigt werden könne (Hört! Hört!), erst dann würde er das Material herausgeben. Die Hauptsache war ihm also das Disziplinarverfahren. Nach der heutigen Darstellung habe ich die Rolle des Begelegeten, und er diejenige des harmlosen Wanderers gespielt. (Große Seiterkeit.) Ich bin aber nicht der Angreifer, dazu hatte ich keinen Anlaß; ich mußte mich aber gegen die scharfen Angriffe wehren, da mir vorgeworfen wurde, ich hätte meine dienstliche Mitwirkung bei der Abstellung großer Mißstände versagt. Ich hoffe, daß der Reichstag und das Land das Verfahren Erzbergers nicht billigt. (Lebhafter Beifall.)

Sodann forderte Abg. Dr. Neumann-Hofer eine Revision des Verhältnisses der Kleinstaaten zum Reich und zu Preußen, um einer weiteren Ausdehnung der Reichsverbreiten einen Riegel vorzuschieben. Nach einer kurzen Erklärung des Abgeordneten Cam v. über seine Stellung zur Sozialpolitik verlas Staatssekretär Graf Posadowski hinter dem lebhaften Beifall fast des ganzen Hauses, daß er nie aufhören werde, ein Staatssekretär für Sozialpolitik zu sein. Hierauf wurde der Entwurf der Budgetkommission überwiesen. Auch der Entwurf eines Gesetzes betr. die Vornahme einer Berufs- und Betriebszählung im Jahre 1907 (12. Juni) ging an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Umbau des Kaiser Wilhelm-Kanals.

Der mächtige Aufschwung, den die Schiffbautechnik seit den zwei letzten Jahrzehnten genommen hat, ist den Anlagen des Kaiser Wilhelm-Kanals „über den Kopf gewachsen“. Die Ansprüche, die man an diesen hochbedeutenden Wasserweg zur Zeit seines Baues stellte, genügen der Größe des Schiffsumfanges, die mit der modernen Technik außerordentlich gewachsen ist, bei weitem nicht mehr. In einer Vorlage an den Reichstag, die den weiteren Ausbau des Kanals fordert, ist es zwar noch nicht gekommen. Aber aus parlamentarischen Kreisen verlautet, daß eine solche Vorlage nicht mehr lange auf sich warten lassen wird. Nicht weniger als zweihundert Millionen Mark soll diese „Korrektur“ kosten. Aber es wird nichts helfen, der deutsche Steuerzahler wird in diesen saueren Apfel beißen müssen, wenn anders der Kaiser Wilhelm-Kanal für die Zukunft auf der Höhe seines Zweckes bleiben soll. Der Bauplan des Werkes, der im Jahre 1895 vollendet ward, stammt aus dem Jahre 1886. Die Erbauer haben damals, wie die B. Z. schreibt, gar nicht oder doch nur ungenügend auf die wachsende Größe der Schiffe gerechnet. Das aber mußte man doch, denn anderswo geschah es, z. B. in Bremerhaven, wo der bremische Staat wenig später ebenfalls eine riesige Schleuse baute. Er gab dieser 215 Meter Länge, 28 Meter Breite und 10,5 Meter Tiefe. Dagegen lieh man es beim Kaiser Wilhelm-Kanal mit 25 Meter Breite und 9,8 Meter Tiefe bewenden. Damals waren freilich Kriegsschiffe von größeren Abmessungen nicht in Aussicht. Solche von 13000 Tonnen Displacement galten als die größten; jetzt kommen solche von 18000 Tonnen in Frage. Und setzte nicht das freie Meer der Olfsee der Anwendung eines noch größeren Tiefgangs Grenzen, so wäre nicht abzusehen, wohin man käme. Man mag wohl in der Nordsee zu noch größeren Schiffen übergehen — fraglich ist auch das, weil sowohl die Tiefe wie die Weite nicht mehr Wassertiefe haben; in der Weite verwendet man viele Millionen, um wieder auf 10 1/2 Meter zu kommen. In der Elbe hat man solche Tiefen nur weit unterhalb Hamburgs; Hamburg kommt entfernt nicht bis 10 Meter. In der Olfsee aber sind weite und unvermeidliche Teile des Bodens nur 12—15 Meter unter dem Meeresspiegel, so daß ein im Seegang arbeitendes Schiff von 10 Meter leicht ansetzen kann. Also jetzt wird man dem Kanal eine erschöpfende Tiefe und Weite geben. Aber das hätte man vor 12 Jahren auch schon tun können, anstatt einen Kanal zu bauen, dessen Herstellungskosten man heute schon als weggebrochenes Geld ansehen muß. Die alten Schleusen können nicht einmal umgebaut werden; es wird also geplant, neben den beiden alten Endpunkten völlig neue Riesenschleusen zu bauen, vier an der Zahl. Auch die Brücken, darunter die kostspielige Brücke zu Levensau, müssen umgebaut werden.

Hätte man damals gleich die erforderlichen Abmessungen in Aussicht genommen, so hätte das wohl etwas mehr gekostet, aber entfernt nicht die Summe von 200 Millionen, d. h. mehr als der ganze Kanal gekostet hat. Auch der Kanaleinschnitt muß verbreitert und vertieft werden. Nur handelt es sich um Schleusen von 250 Meter Länge, 35 Meter Breite und 10 1/2 Meter Tiefe.

Das zweite russische Parlament.

Der gestrige Tag war der erste der neuen russischen Duma. Wird dies Parlament, mit dessen Zusammentritt die Regierung vorläufig ihr Versprechen eingelöst hat, dem russischen Volke nach den Jahren des Wirtwarz, des Schreckens endlich die Ruhe bringen, die jedes geordnete Staatswesen, soll es nicht in die Brüche gehen, unbedingt braucht? Wird die Arbeit der neuen Duma dem russischen Volke endlich dasjenige Maß an freierwilliger Gestaltung schaffen, das

für jeden Fortschritt der Kultur unerlässlich ist? Wird die Regierung ihren nur mühsam verhaltenen Widerwillen gegen die Volksvertretung zügeln oder wird das Machtwort des Zaren der Duma Fesseln anlegen, sie vielleicht gar wieder davonjagen, wenn sie sich energisch das Recht in Anspruch nehmen will, die Emanzipation des russischen Volkes von seinen Gewaltthabern mit rascherem Schritt dem großen Ziele näherzuführen?

Hunderte solcher Fragen bewegen an dem Tage der Eröffnung der zweiten Duma das russische Volk. Und nicht nur in Russland, sondern in der ganzen Welt sieht man der Tätigkeit der russischen Duma mit gespanntester Aufmerksamkeit entgegen.

Die Eröffnung

Der zweiten Reichsduma fand am Dienstag Mittag 12 Uhr statt. Das Petersburger Straßenleben bot das gewöhnliche Bild, die Häuser waren nicht besetzt; starke Truppenaufgebote aller drei Waffen durchzogen die Stadt. Die oppositionellen Morgenblätter brachten äußerst scharfe Artikel. Der Zugang zum kaiserlichen Palais war durch Polizei und Gendarmen abgesperrt worden. Alle Straßen in der Nähe des Duma-Palastes waren voll Menschen, welche die Abgeordneten, die sich zur Eröffnung der Duma dorthin begaben, mit Hurras und dem Ruf „Amnestie“ begrüßten. Die Abgeordneten ihrerseits dankten mit Hutabnehmen. Der Eröffnung der Duma ging ein feierliches Te Deum voraus, das vom Metropolitan Antonius mit den beiden Bischöfen Platon und Eulogius, die Mitglieder der Duma sind, geleitet wurde. Sodann hielt der Metropolitan eine Ansprache, in der er die Abgeordneten beschwerte, ihre Meinungsverschiedenheiten zu vergessen und für das Heil des leidenden Vaterlandes zu arbeiten, und sie zu Frieden und Eintracht ermahnte. Eine Gruppe von Deputierten verlangte die Nationalhymne, die darauf vom Chor angestimmt und unter Hurraufen zweimal abgeführt wurde. Dem Gottesdienst wohnten der Ministerpräsident und sämtliche Minister bei.

Die erste Sitzung wurde um 1 Uhr durch den Vizepräsidenten des Reichsrats Golubeff eröffnet. Als der Staatssekretär den kaiserlichen Erlaß über die Einberufung der Duma verliest, erheben sich die Mitglieder der Rechten, die in Stärke von nahezu 100 Mitgliedern anwesend sind, von ihren Sitzen und rufen mehrere Male: „Es lebe der Kaiser!“ Die übrigen Mitglieder bleiben sitzen und hören in tiefem Schweigen zu. Nach Beendigung der Lesung bringen die Mitglieder der Rechten nochmals Hurras aus, wobei alle Minister sich erheben. Sodann leisten sämtliche Abgeordnete den Eid. — Die Sozialdemokraten beteiligten sich an den Eröffnungsfeierlichkeiten nicht, sondern betraten den Sitzungssaal erst zur Beendigung.

Zum Präsidenten der Reichsduma ist mit 331 Stimmen der in Moskau gewählte Abgeordnete Solowin gewählt worden.

Deutschland.

— Im Abgeordnetenhaus führte am Montag die Fortsetzung der Beratung über den Etat der Zentralgenossenschaftskasse zu längeren Erörterungen. Die Abgg. Gläzel (nfl.), Kretsch (Kons.) und Dr. Kewoldt (frk.) erklärten sich mit einer Erhöhung des Grundkapitals der Preussenkasse einverstanden. Die Bemerkung des letzteren Redners, daß die Milchzentrale nicht zusammengebrochen sei, sondern aufgelöst werde, weil viele Genossen infolge einer Panik ausgeschieden seien, veranlaßten Abg. Dr. Crüger (frk. Bpt.) zu der Erwiderung, daß die Panik infolge der ungesunden Verhältnisse in der Milchzentrale ausgebrochen sei. Abg. Hammer (frk.) warf dem Abg. Dr. Crüger vor, er habe in Beziehung zu Denunziationen gegen die Milchzentrale während des Milchkrieges gestanden, und Abg. Dr. Hahn (B. d. L.) klagte über die vis maior, die in Gestalt eines Reichsgerichtsurteils die Milchzentrale in ihrer Entwicklung gehemmt habe. Abg. Dr. Crüger (frk. Bpt.) trat beiden Vorrednern entgegen und wies darauf hin, daß das Schicksal der Milchzentrale durch die schlechte Geschäftsführung in derselben und durch die mangelnde Gesetzmäßigkeit der leitenden Personen besiegelt worden sei. — Nach der Erledigung dieses Etats wurde eine Reihe kleiner Etats debattellos bewilligt. Beim Etat der Verwaltung der indirekten Steuern wurden eine Anzahl Wünsche über Beamtenaufbesserung ausgesprochen. Weiter wurde noch der Etat der Lotterieverwaltung genehmigt.

— Im Abgeordnetenhaus kam am Dienstag zunächst die Interpellation der Konservativen wegen Erhöhung der Gehälter der Geistlichen zur Verhandlung. Nach Begründung der Interpellation durch den Abg. Winkler (Kons.) erklärte Kultusminister von Staudt die Bereitwilligkeit der Regierung, auf eine Revision der Pfarrerbesoldungsgeetze und auch Erhöhung der Staatszuschüsse, wenn dies nötig sei, hinzuwirken. In der Besprechung erklärten sich die Redner der Nationalliberalen, Freikonservativen und des Zentrums mit dem Verlangen der Interpellanten einverstanden. Beim Etat der direkten Steuern trat der Abg. Wolff (Bissa) (frk. Bgg.) für eine Kontingentierung und Quotifizierung der Einkommensteuer ein. Weiter wurden eine Reihe Wünsche auf Besserstellung der Beamten geäußert. Beim Etat des Finanzministeriums wurde ein Antrag des Zentrums und der Konservativen angenommen, wonach bei Einführung einer Wertsteuer für Grund und Boden in den Gemeinden für Grundstücke, die dauernd boden- oder forstwirtschaftlichen Zwecken die-

Die Untersuchung der bei den Ausgrabungen dem Plaze des Zirkus Sabaria gefundenen Leiche des Kaufmanns Hendschl ergab, daß derselbe durch einen Schuß in den Hinterkopf und Trümmerung der Schädeldecke mit einem schweren Zeug getötet worden ist. Ein Geständnis hat der Thäter der Tat verhängtig verhaftete Niederbojer bis jetzt nicht abgegeben.

nen, in der Regel nur der Ertragswert zugrunde gelegt werden soll. Die zum Erwerb und zur Aufschlingung des Festungsumwallungsgeländes geforderten Mittel bekämpfte Abg. Dr. Gröger (Ffr. Vgg.) namentlich deshalb, weil der Staat hier mit dem Erbbaurecht Verträge anstellen will, das sich in England überlebt habe. Finanzminister Fehr. v. Rheinbaben verteidigte dagegen das Erbbaurecht.

— **(Der Kaiser über das Wahlrecht.)** Wie kürzlich behauptet worden war, sollte der Kaiser beim Empfange des Reichstagspräsidiums u. a. gesagt haben, daß das Reichstagswahlrecht sich bei den letzten Wahlen durchaus bewährt habe. Wie nun aber der „Deutsch. Tageszeitung“ mitgeteilt wird — wir nehmen an, von dem Reichstagspräsidenten Grafen Udo zu Stolberg — hat der Kaiser sich anders geäußert; er hat gesagt, das jetzige Reichstagswahlrecht sei scharf angegriffen worden, die letzten Wahlen hätten aber doch bewiesen, daß damit auszukommen sei.

— **Die Afrikareise** des Kolonialdirektors Dernburg wird sich nach den „Berl. Neuest. Nachr.“ nicht nur auf den deutschen Kolonialbesitz in Afrika, sondern auch auf einen Teil des englischen südafrikanischen Besitzes erstrecken. Nach dem Besuch von Deutsch-Ostafrika wird sich Herr Dernburg nach Lourenco Marques begeben und von dort über Pretoria in das Innere der englischen Kapkolonie reisen.

— **Die Fleischer** an Kaiser und Kanzler. Der Vorstand des Deutschen Fleischerverbandes hat an den Kaiser ein erneutes, ausführlich begründetes Audienzgesuch wegen Beseitigung der Hauptmängel bei Schlachtvieh eingereicht.

Dem Reichskanzler ist, wie die Allg. Fleischer-Ztg. meldet, eine Abschrift übermittelt mit dem Sonderantrage, durch wissenschaftliche Versuche feststellen zu lassen, in welcher Frist fremder Geruch oder Geschmack durch Futtermittel wie Fische und Tran in das Fleisch übergehen. Ein weiterer Antrag, den der Verband an den Reichskanzler gerichtet hat, betrifft den Erlaß eines Verbots, Kälber unter 14 Tagen alt zu schlachten.

— **Der Rücktritt** des bayerischen Ministers des Innern, Grafen v. Feilitzsch, dürfte sich bestätigen; dagegen ist die Person seines Nachfolgers noch nicht bekannt. Gegenüber einer Meldung der „Münchener Neuesten Nachrichten“, die den Regierungspräsidenten der Oberpfalz, v. Brettreich, als künftigen Minister des Innern bezeichnet hatte, schreibt Herr v. Brettreich dem genannten Blatt: „Wenn auch Anhaltspunkte dafür vorliegen, daß Staatsminister Graf Feilitzsch sich mit Rücktrittsgedanken trägt, so sind doch andererseits die Angaben im heutigen Morgenblatt bezüglich seines Nachfolgers nicht zutreffend.“

— **(Krisis im Hamburger Hafenbetrieb.)** Nachdem die wiederholten Aufforderungen an die Arbeiter, den nur zur Demonstrationszwecken nach der Aussperrung der Maifeiern im vorigen Jahre gefassten Beschluß: die Verweigerung der Nacharbeit, wieder aufzuheben, erfolglos geblieben sind, hat der Hafenbetriebsverein die Beschaffung von Arbeitskräften von auswärts beschlossen.

— **Der Parteitag** der bayerischen Zentrums- partei, der am Dienstag in München unter zahlreicher Teilnahme von Delegierten begann, beschäftigte sich am ersten Tage unter Ausschluß der Öffentlichkeit mit der die Sozialdemokratie begünstigenden Stichwahl- parole bei den letzten Reichstagswahlen. Der Vorstand der Landtagsfraktion, Prälat Daller, erklärte, unter den jetzigen Verhältnissen sei die Sozialdemokratie das kleinere Übel gegenüber dem Liberalismus. Ohne Diskussion wurde darauf einstimmig eine Resolution angenommen, die die Begünstigung der Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen als ein politisch-taktisches Vorgehen und die liberale Partei als den zurzeit gefährlicheren Gegner bezeichnet, dessen Stärkung möglichst hintanzuhalten wäre. Die Delegiertenversammlung beharrt in der Auffassung, daß die Zentrums- partei als eine politische, nicht konfessionelle Partei in rein politischen Angelegenheiten unabhängig sei von der Beurteilung der kirchlichen Oberen, und sie sieht darin die Voraussetzung erspriechlicher Wirkung im politischen Leben, insbesondere in den Parlamenten. Für die bevorstehenden Landtagswahlen in Bayern empfiehlt die Parteileitung selbständiges Vorgehen.

— **(Vom Kampf um die Arbeit.)** Die Damenschneider aus Elberfeld und Barmen sind in eine Lohnbewegung eingetreten; sie haben ihren Firmen bereits einen Tarifvertrag vorgelegt.

Die Barmer Holzarbeiter sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Folgende Forderungen wurden aufgestellt: Neunstündige Arbeitszeit bei gleichem Lohn; die Mittagspause soll 1½ Stunden betragen; die ersten zwei Ueberstunden (abends von 6 bis 8 Uhr) sollen mit 25 Prozent, weitere Ueberstunden, Sonn- und Feiertags- Arbeit mit 50 Prozent Zuschlag vergütet werden, Fahr- geld soll für Billetts dritter Klasse bewilligt und die Fahrzeit als Ueberstunden berechnet werden; Montage innerhalb der Stadt unterliegt der freien Vereinbarung. Die Forderungen wurden den Arbeitgebern mit dem Ersuchen überreicht, bis spätestens zum 9. März zu antworten. Wenn die Forderungen abgelehnt werden, soll der Ausstand erklärt werden.

In Mailand proklamierte der Kongreß der Landarbeiter für die ganze Provinz Navarra den Generalstreik. In Barano hat die Textilfirma Borghi ihre 2500 Arbeiter ausgesperrt. Kavallerie zerstreute die sich sammelnden Arbeiter.

Ausland.

Russland.

— **(Abmarsch der Russen aus der Mandchurie.)** Gemäß dem Friedensvertrage zu Portsmouth hatten Japan und Rußland die Verpflichtung, die von ihren Truppen besetzten Teile der Mandchurie allmählich zu räumen und die Provinz wieder China zu überlassen. Japan als dem Sieger stand das Recht zu, die Räumung erst dann zu bewirken, wenn Rußland zuvor seine Truppen zurückgezogen hatte. Wie aus Petersburg telegraphiert wird, haben am 1. März auf Befehl des Zaren die russischen Truppen den Ort Bzilar, der seit 1900 besetzt war, geräumt. Der Abmarsch der Garnison von der chinesischen Bevölkerung, den Behörden und den

neijischen Truppen trug einen friedlichen, herzlichen Charakter. Der Abschiedsfeier assistierte ein Galadiner, trank hierbei auf die Gesundheit des Kaisers von Rußland und drückte freundschaftliche Wünsche aus, wonach die Russen die Nationalhymne sangen. — Am 26. Februar hatten eine gemeinschaftliche Parade der chinesischen Jere- nesischen Truppen unter den üblichen chinesischen Paraden stattgefunden. Während des Abschiedsdiens sprach der Kommandeur der russischen Garnison, Oberst Linda, die Ueberzeugung aus, die Japaner würden ebenso ge- nau den Verpflichtungen des Vertrages nachkommen, wie Rußland seinem Versprechen nachgekommen sei und die Provinz der chinesischen Regierung zurückgegeben habe.

Kolonien.

— **(Deimling und die Schutztruppe.)** In Windhuk hielt der Oberkommandierende in Südwestafrika, Oberst v. Deimling, eine Ansprache an die Soldaten, in der sagte: „Nach Beendigung des Aufstandes im Süden wird man an eine weitere Verminderung der Schutztruppe gehen dürfen. In welchem Maße und in welchem Tempo diese Verringerung vor sich gehen kann, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen; sie wird von dem Fortschreiten der Pazifizierung und der Beruhigung des Landes abhängen. Jedenfalls muß aber für alle Zeit eine so starke Truppe im Lande bleiben, daß jeder Aufstandsversuch sofort im Keime erstickt werden kann, und daß das Anwachsen zu einem riesigen Brand, wie wir ihn soeben mit vielem Blut gelöst haben, ausgeschlossen ist. Ich erkenne mit Freude an, daß Verstöße gegen die Manneszucht immer seltener geworden sind; sie müssen aber ganz verschwinden aus einer Truppe, die sich als eine Elitetruppe fühlen muß. Als bestes Gegenmittel gegen Verfehlungen kann ich Euch nur immer und immer wieder die Vermeidung des Alkohols ans Herz legen. Er ist Gift für Euch, nicht nur in körperlicher sondern auch in moralischer Hinsicht.“

Westfalen und Rheinland.

* **Kamen, 7. März. (Im Zeichen des Bodbieres.)** Etwas ganz besonders Herrliches ist das Bodbier, das jetzt frisch überall in den größeren, ja selbst in den kleinsten Wirtschaften auf das Getrunkenwerden wartet. „Bodbier!“ schreiben die Wirte in leuchtenden Farben weithin sichtbar in ihre Lokale, denn die durstige Männerwelt freut sich schon wochenlang vorher auf diesen Genuß und hat man einen recht triftigen Grund, des Abends lange auszubleiben, da man bekanntlich erst dann hinter den Geschmaack kommt, wenn man ein gehöriges Quantum der delikaten Flüssigkeit intus hat. Schon unsere Vorfahren kannten und liebten den „Bod“, wie das sogenannte „Märzenbier“ tituliert wird, und das jede tüchtige Brauerei jetzt etwas vor Beginn des März ausführt. Seinen Namen hat das „Bod“ nach den Jungfrauen des städtischen der Äfen unserer heidnischen Stammväter erhalten. Die Kraft dieser bärtigen „Tannenknäpfer“ und „Tannenknäpfer“, ihr ungestümes wildes Wesen ist auch dem Bierreigen, dessen Tauspaten sie sind. Daher bezeichnet die Benennung „Bod“ neben der Angabe der Zeit, in welcher Botan mit seinen Ziegenböden umherfahrende (gegen den Frühling zu), auch die Haupteigenschaften des Trankes, den wir nachkommen der als unermüdbliche Becher bekannten Germanen freudigen Gemütes heute schlürfen, freilich ohne uns an diese mythologischen Sagen zu erinnern. Wenn wir mit guten Freunden beim „Bod“, dann geht uns das Herz auf, während die Zunge sich an dem frischen, jungen Bierre erquickt. Sorgen wir nur, daß zu dem „Bod“ kein „Wisse“ oder gar „Kater“ kommt, denn ein solches Dreigespann wirft den, der mit ihm fährt, um und verurteilt ihm Verleugungen an Körper und Geist. Dann stößt uns der wilde, kräftige Bod, bis wir unter den Tisch sinken und das Aufstehen für längere Zeit vergessen. Wer aber mäßig und „mit Verstand“ trinkt, nicht nur das Glas immer wieder leert, der genießt wirklich alle Vorzüge des Märzenbieres und verlebt schöne Stunden „im Zeichen des Bodbieres.“

Kamen, 7. März. Der evangelische Arbeiterverein hielt am Sonntag im oberen Saale der Wirtschaft Wilhelm Kümper eine gute besuchte Monats-Versammlung ab. Nach Zahlung der fälligen Quartalsbeiträge zur Vereins- und Verbandskasseneinlage wurde die Annahmenden, unter denen auch mehrere Frauen der Mitglieder waren, durch den ersten Vorsitzenden, Herrn Schneidermeister Heinrich Bonhoff, mit herzlichen Worten willkommen geheißen. Die Zahl der Mitglieder konnte durch die Neuaufnahmen der Herren Heint. Dackelberg, Louis Syberberg, Fritz Bürgermeister und Heinrich Fluhme vermehrt werden. Herr Pastor Bertschmann hielt dann einen sehr interessanten Vortrag über „Unsere Kolonien.“ Er wies zunächst auf das Bestreben der alten Völker auf Kolonialbesitz hin und verbreitete sich dann eingehend über den Zweck der heutigen Kolonialbestrebungen der Großmächte. Kaufleute, Forschungsreisende und vor allem Missionare gaben die erste Anregung zur Bildung unserer Kolonien. Ihr großer Wert wurde besonders an den in Afrika gelegenen Festeungen und Schutzgebieten: Togo, Kamerun, Deutsch-Südwest- und Ostafrika nachgewiesen. Verschiedene aus diesen Gebieten stammende Erzeugnisse wurden den Anwesenden vorgezeigt. Auch waren zur besseren Orientierung eine Reihe Kolonialbilder ausgehängt. Am Schluß sprach der Redner den Wunsch aus, daß die Wertschätzung der Kolonien sich immer mehr verbreiten möge zum Segen unseres Landes und Volkes. Der Vortragende erntete für seine vorzeiglichen Ausführungen reichen Beifall und Dank. Die übrigen Punkte der Tagesordnung mußten der vorgerückten Zeit wegen für die nächste Versammlung zurückgestellt werden.

Kamen, 7. März. Die Kleinkinderschule vor dem Nordentor hat für viele Leser dieses Blattes ein besonderes Interesse. Wir wollen deshalb nicht unterlassen, ein paar Tatsachen aus dem letzten Jahresbericht, der in der Generalversammlung des Kleinkinderschulvereins vorgetragen wurde, hier mitzuteilen. Die Schule wurde im verfloßenen Jahre 1906 durchschnittlich von 146 Kindern besucht; doch war um die Weihnachtszeit die Zahl noch viel höher. An Schulgeld kam im ganzen die Summe von 719,28 Mark ein. Dies reichte aber kaum hin, um die Hälfte der Jahreskosten zu bezahlen, welche sich nach der Abrechnung für 1906 auf 1538 Mark belaufen haben. Glücklicherweise sind auch diese höheren Kosten durch verschiedene Beistueren, namentlich des Gelsenkirchener Bergwerks-Aktienvereins, der Stadt Kamen, des Kleinkinderschulvereins usw. gedeckt worden, so daß der Vorstand allen Bedürfnissen der Anstalt hat gerecht werden können. — Möge diese auch ferner unter der treuen Leitung der Schwestern Frieda und Berta gedeihen und eine Segensquelle für viele unserer Kinder sein.

— **Kamen, 7. März. (Verschiedenes.)** Der Zentralschul- förderung der Volks- und Jugendspiele in Deutschland veröffentlicht haben die Ueberblick für die Spielkurse im Jahre 1907. Bis jetzt sind 25 Kurse für Spielleiter und 19 für Spielleiterinnen in Aussicht genommen. Von den 31 ausgewählten Orten liegen 7 in

den Provinzen Rheinland-Westfalen. Lehrerturke finden statt in Nachen vom 20.—25. Mai unter dem Leiter Turnlehrer Bels, in Bonn a. Rh. vom 13.—18. Mai unter der Leitung von Prof. Dr. F. A. Schmidt und Turninspektor Fritz Schröder, in Gelsenkirchen vom 21.—26. Mai, Leiter Lehrer Tiggemann und in Saase vom 27. Mai bis 1. Juni, Realschuldirektor Dr. Neuenborff. Lehrerturke finden statt in Bielefeld vom 13. bis 18. Mai unter Oberturnlehrer Fr. Schmale, in Bonn a. Rh. vom 27. Mai bis 1. Juni unter Prof. Dr. F. A. Schmidt und Turninspektor Fritz Schröder, in Krefeld vom 13.—18. Mai, Stadt. Hauptturnlehrer Fel. Martha Thurm, in Elberfeld vom 2. bis 7. Sept., Oberlehrer Dr. Bureaß. Die Teilnehmer erhalten nach beendigtetm Lehrgang Zeugnisse vom Zentralschul- förderung. Die Kursteilnehmer bitten der Zentralschul- ausschuss dringend, auch ferner mit ihm in Zusammenhang zu bleiben.

Der alte Bergarbeiterverband, dessen Hauptstärke im rheinisch- westfälischen Industriegebiet ruht, wird seine Hauptversammlung in diesem Jahre in Bochum im Monat Mai abhalten. Dabei wird auch die internationale Organisation der Bergarbeiter behandelt werden. Die Abrechnung des Verbandes für 1906 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 2 003 348 Mk. Die Mitgliederbeiträge bezifferten sich auf 1 587 836 Mk. Unter den Ausgaben finden sich 651 503 Mark für Streikunterstützungen, 63 240 Mk. Sterbegelder, 208 724 Mark Orts- vergütungen, 133 902 Mk. für Druck- und Buchbinderarbeiten. Der Vermögensbestand betrug am Ende des Jahres 1 226 455 Mk.; gegen das Vorjahr ist das Vermögen um 26 200 Mk. gestiegen.

Die Einführung internationaler Automobil- Warnungs- Tafeln wird nunmehr auch in Deutschland in die Wege geleitet. Auf Grund eines im vorigen Jahre gefassten Kartellbeschlusses und nach den Vorschlägen der Touristen-Kommission des Kaiserlichen Automobil- klubs sollen von den international anerkannten Warnungsschildern 7 Tafeln zur Einführung gelangen: 1. Gefährliche Links-Kurve, 2. gefährliche Rechts-Kurve, 3. Wassergraben oder Vertiefung, 4. Stäber, 5. Bahnübergang, 6. Straßengefährdung, 7. Doppelkurve. Die Tafeln sollen in einer Entfernung von 500 Meter vor dem betreffenden gefährlichen Stellen aufgestellt werden.

(Trauriges Familienleben.) Im September v. J. hatte der Bergmann Paul Stumpe, früher Oberbergrat, jetzt Kamen, eine längere Strafe verbüßt; heiratete aber kurz darauf seine jetzige Ehefrau. Das Zusammenleben war von vornherein ein recht ge- kränktes. Die Frau soll den Haushalt recht unordentlich geführt und weder für reine Wäsche, noch für die Kinder ordnungsmäßig gesorgt und nicht einmal Essen gekocht haben. Wenn der Mann ihr Vorhaltungen machte, soll die bessere Hälfte ihm seine früheren Strafen vorgehalten, und ihn Buchhändler genannt haben mit dem Hinweis, ihn bald dort wieder hinzubringen, wohin er gehöre. Aus diesen Gründen kam es häufig zu Auseinandersetzungen und Tätlichkeiten. Im Laufe des Disputs schlug einer auf den andern ein. So ereignete es sich auch am 27. September v. J. und soll bei dieser Gelegenheit Angeklagter die Frau mißhandelt, und mit Versehen bedroht haben, wie schon öfters. In dieser Bedrängnis soll die Frau, wie sie vor Gericht ausagte, vorgezogen haben, aus dem Fenster zu springen, anstatt sich totschlagen zu lassen. Ihr Mann soll ihr dabei noch zwei Stöße versetzt haben. Durch Zeugen wurde festgestellt, daß Stumpe wohl häufig Anlaß hatte, sich über seine Frau zu beklagen. Während nach der Beweisführung der Herr Staatsanwalt, und zwar lediglich mit Rücksicht auf die Lieberlichkeit der Frau, nur 2 Monate Gefängnis gegen Stumpe beantragte, plaidierte Herr Rechtsanwalt Kohn auf Freisprechung. Auch das Gericht konnte die Aufstellungen von Frau Stumpe und ihrer Tochter nicht für überzeugend genug erachten. Das Urteil der Dortmund- Strafkammer lautete auf Freisprechung.

Methler, 5. März. (Neuer Förderer.) Wie man hört, beabsichtigt die Sarpener Bergbau-Aktien-Gesellschaft behufs Aufschließung des zur Zeche Courl gehörenden Grubenfeldes „Methler“ zwischen Westf. und Methler einen neuen Förderer ab- zuzuteufen. Das Feld Methler, welches im Osten an das Feld der Zeche Monopol (Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft) grenzt, liegt von den Courl- Schächten ungefähr 3000 Meter entfernt und läßt sich durch diese wegen der hohen unterirdischen Transportkosten nicht vorteilhaft ausbeuten. Aus diesem Grunde soll hauptsächlich der neue Schacht angelegt werden.

2 Dortmund, 6. März. (Einem Betrüger sind in den letzten Wochen eine Anzahl Bürger und Firmen in die Hände gefallen. Es handelt sich um einen etwa 30jährigen Mann, der eine Anzahl von Personen um ihre Unterschrift anhielt und zwar mittels eines mit dem Namen mehrerer Stadträte und Komiteemitglieder versehenen Auf- rufs betr. Veranstaltung von Volksunterhaltungsabenden und Errich- tung von Lesekassen, wobei er gleichzeitig um Zeichnung von Beiträgen bat. Die Zeichnungen erfolgten recht zahlreich und in beträchtlicher Höhe. Als die Zeichner sich nach der Angelegenheit erkundigten und von der Verwendung ihrer Gelder nichts weiter hörten, erfuhr sie, daß von der Angelegenheit an maßgebender Stelle nicht das geringste bekannt war. Da der Betrüger bisher nicht ermittelt ist, so ist zu befürchten, daß er sein Wirkungsfeld auch noch nach anderen Städten verlegen wird.

2 Dortmund, 6. März. (Schwurgericht.) Am Montag wurde hier die zweite Schwurgerichtsperiode durch den Vorsitzenden, Herrn Landgerichtsdirektor Goldstein eröffnet. Als erste Angeklagte erschienen der Handlanger Karl Kisting und der Arbeiter Jos. Willing, beide aus Unna, wegen Straßenraubes. Die Geschworenen sprachen beide Angeklagte des Straßenraubes schuldig, billigten ihnen aber mildernde Umstände zu. Während der Staatsanwalt bei Kisting 3 Jahre und bei Willing 2 Jahre Gefängnis in Antrag brachte, lautete das Urteil des Gerichts bei beiden Angeklagten auf 2 Jahre Gefängnis. — Dienstag folgte die Verhandlung gegen den Bergmann Gust. Schödermann aus Flerich bei Lemmigen, der ein Menschenleben vernichtet hat um ein Stück Wurst. Der Angeklagte hatte seinem Freunde Drewe, der ihm ein Stück Wurst vom Brode genommen hatte, das Messer in die Brust gestochen, so daß der Tod alsbald eintrat. Dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend, sprachen die Geschworenen Schödermann der Körperverletzung mit T- beserfolg schuldig, billigten ihm jedoch mildernde Umstände zu. Daraufhin brachte der Staatsanwalt 2 Jahre Gefängnis in Antrag. Das Urteil des Gerichts lautete auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, wovon 2 Monate als Verbuß in Anrechnung gebracht wurden.

Witten, 5. März. Die Roburit-Gesellschaft beabsichtigt ihr hiefiges Geschäft vollständig aufzulösen, wahrscheinlich schon zum 1. April er. Sie hat vor mehreren Jahren eine der Kamen- er Eisen- fabrik gehörende an der Ecke der Breite- und Weststraße gelegene herrschaftliche Festeung angekauft und selbige zu Bureauzwecken und als Wohnung des Direktors hergerichtet. Diese Festeung wird vor- ausichtlich die Eisenbahnverwaltung zum Preise von 60 000 Mk. ankaufen, die es als Direktorsgebäude für den Leiter der Haupt- Eisenbahnwerkstatt gebrauchen kann.

2 Bochum, 5. März. „Drum prüfe, wer sich ewig bindet“ Vor der zweiten Zivilkammer des Bochumer Landgerichts fanden gestern 53 Ehecheidungs- terminen an. (?)

— Herbede, 6. März. (Ertöten.) Auf dem Wege nach Wittbrände ist der Steinhauer Brüder von hier von mehreren Personen überfallen und totgeschlagen worden. Zwei verdächtige Per- sonen wurden verhaftet.

Staatsminister Dr. v. Bötticher †.) Staatsminister v. Bötticher ist Mittwoch in Naumburg angekommen. Die Beisetzung erfolgt am Sonnabendnachmittag in Berlin.

(Dr. v. Bötticher wurde am 6. Januar 1833 in Stettin geboren und studierte die Rechte. Er wurde 1865 Hilfsarbeiter im Handelsministerium und trat 1869 in das Ministerium des Innern über. 1872 wurde er zum Geh. Regierungsrat und vortragenden Rat ernannt. 1873 ging er als Landdrost nach Hannover und 1876 als Regierungspräsident nach Schleswig. 1879 wurde er Oberpräsident von Schleswig-Holstein. Dem Abgeordnetenhause gehörte er von 1867 bis 1870 an und dem Reichstage als rechtsparteilicher Vertreter des 2. schleswig-holsteinischen Wahlkreises 1878 bis 1880, wo er zum preussischen Staatsminister und Staatssekretär des Reichsamts des Innern ernannt wurde. Als solcher machte er sich namentlich um die Durchführung der sozialen Reformen verdient, insbesondere um das Zustandekommen des Alters- und Invalidenversicherungsgesetzes 1889. 1. Juli 1888 wurde v. Bötticher an Stelle Puttkamers Vizepräsident des preussischen Staatsministeriums. Am 30. Juni 1897 erhielt er die erbetene Entlassung und wurde im November desselben Jahres Oberpräsident der Provinz Sachsen.)

H Eifenach, 6. März. Der Landtag von Schwarzburg-Rudolstadt beschloß einstimmig, bei der wachsenden Zahl der Fabrikarbeiterinnen im Gewerbeaufsichtsbetriebe eine Fabrikinspektorin anzustellen.

H München, 6. März. Im deutschen Museum stürzte im Schiffsaal die Decke ein. Sämmtliche Modelle und Auflegungsgegenstände wurden verschüttet. Der Schaden wird sich als sehr beträchtlich herausstellen.

H. Meß, 6. März. Die **Pocken**erkrankungen werden förmlich zur Epidemie. Augenblicklich befinden sich acht Pockenranke und 32 pockenverdächtige Personen im Spital. Einige Häuser sind polizeilich gesperrt.

W Arnheim, 6. März. Im hiesigen Lotteriebureau
Merkur wurden **Unterschleife von 1 Million Mark** ent-
deckt.

Westfalen und Rheinland.

Dortmund, 7. März. (Selbstmord im Juge.) Beim Eintreffen des aus der Richtung von Hamm kommenden Personenzuges 11.31 wurde Dienstag abend in einem Abteil 3. Klasse ein Reisender mit einer schweren Schußwunde in der rechten Seite noch lebend, aber bewußtlos aufgefunden, und sofort mittel Krankenwagens dem städtischen Krankenhause zugeführt. Dort ist bereits, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, gestern morgen 3 Uhr verchieden. Es liegt offenbar Selbstmord vor. Nach den bei dem Verstorbenen gefundenen Briefschaften handelt es sich um den in Köln, Niedrigstraße 14 wohnenden Kaufmann Josef Bonrath, früher in Wattencheid wohnhaft.

ist — das Vorurtheil. Gäbe es keine Vorurtheile, dann würde man heute kein anderes Frühstück- und Vesper-Getränk kennen, als Rathreiners Malzkaffee. Denn es steht wissenschaftlich fest, daß dieser alle Vorzüge ähnlicher Genussmittel in sich vereinigt, von ihren schädlichen Neben- und Nachwirkungen aber vollständig frei ist. Es möge also jeder, der hier noch in einem alten Vorurtheil befangen sein sollte, frisch und vertrauensvoll einen Versuch mit dem echten „Rathreiner“ machen — und er wird sich dadurch eine neue Wohlfahrt und einen dauernden befriedigenden Genuß verschaffen!

Verantw. Redakteur Fr. Meyer, Kamen.
Herausgeber der Kamener Zeitung Nr. 14, Kamen.

— Die Strafkammer in Gera verurteilte nach zutägiger Verhandlung den Rechtsanwalt Dr. Abrahamsohn-Berlin, der Ostern 1905 bei Westphal durch Ueberfahren mit seinem Automobil den Todein dreijährigen Kindes verursachte und ein neunjähriges Kind verletzte, zu 14 Tagen Gefängnis. Sein früherer Chauffeur Komaczylaus Schöneberg bei Berlin, wurde zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Beide haben außerdem die Kosten des Verfahrens zu tragen.



?) Werden, 6. März. In der Ruhr erkrankt der 18jäh-
rige Anstreicherknabe Heinrich Sander. Sander ging in angetrun-
kenem Zustande in Begleitung mehrerer Freunde nach Deste. Kurz
vor Schloß Deste, da wo die Ruhr ziemlich nahe an die Land-
straße herantritt, taumelte Sander und stürzte in die Ruhr. An
seiner Rettung war wegen des starken Stromganges und da kein
Schwimmer Runderger zur Stelle war, nicht zu denken. Die
Leiche noch nicht gefunden.

wurde
 Herr
 hiener
 ling,
 vorenen
 ihnen
 Rißling
 te, laul
 Jahre
 ergmann
 der ein
 age! agte
 in Brode
 der Tod
 end, ihre
 mit 7
 ände
 n Aufzug
 Gefängnis,
 wurden.
 richtigt ih
 n zum 1.
 ner Spar
 we gelegent
 zwecken und
 wird von
 0 000 M
 der Haupt
 g bindet
 ts stand
 Wege no
 mehr
 stiaue

Frauen- und Jungfrauen-Verein Kamen. (Vaterländischer Frauen-Verein.) Bekanntmachung 1906.

In Ausführung des § 8 unseres Vereinsstatuts bringen wir nachstehend unseren Rechnungsabluß für das Jahr 1906, nach dem derselbe in der Generalversammlung vom 6. Februar festgestellt worden zur öffentlichen Kenntnis.

Die Jahresrechnung betrug 2105,58 Mk.
Die Jahresausgabe betrug 1980,25 Mk.
Somit bleibt ein Bestand von 125,33 Mk.
Der Verein zählte im Jahre 1906 172 Mitglieder.

An Unterstützungen gewährte der Verein:

- 102 Schülerinnen unentgeltlich 8 Stunden wöchentlich Fließ-, Näh- und Strickunterricht.
- 102 Schülerinnen eine Weihnachtsbescherung, die in den von ihnen selbst angefertigten Hemden und Strümpfen bestand, sowie Stoff zu einem Kleide, Obst und Backwerk.
- 69 Personen (alten Männern, Witwen und deren Kindern) zu Weihnachten Kleidungsstücke, Bettwäsche und Lebensmittel.
- Einer Anzahl Armen und Kranken im Laufe des Jahres Unterstützungen an Kleidungsstücken, Bettwäsche und Lebensmitteln und Kinderzeug für Wöchnerinnen.
- 64 Kranken und Wöchnerinnen Mittagessen.
- 184,55 Mk. spendete der Verein für die in Deutsch-Südwestafrika stehenden Truppen und Verwundeten an den Hauptverein in Berlin.
- Für die, durch die Explosion der Witterer Kobaltfabrik Geschädigten und Verletzten der Gemeinde Annen und der Stadt Witten, schickte der Verein 100 Mk. an die Stadthauptkasse in Witten.
- Veranstaltete der Verein im Oktober eine Verlosung, um mit dem Ertrag derselben die Unkosten des Vereins decken zu können.

In den nächsten Wochen wird unser Vereinsbote Herr Bachmeister a. D. Ledhaus die Jahresbeiträge einsammeln. Recht dringend bitten wir unsere Mitglieder uns durch Einzeichnung eines möglichst hohen Beitrages in die Mitgliederliste behilflich zu sein, die Not der Bedrängten, Armen und Kranken zu lindern und uns die Unterhaltung unserer Schule zu ermöglichen. Wir hoffen auch, daß sich noch Viele bereit finden werden, als Mitglied dem Verein beizutreten und sich so an unserem Liebeswerk mit betätigen.

Der Beitrag beträgt jährlich mindestens 1 Mark.
Kamen, den 1. März 1907.

Der Vorstand:
J. A. Frau von Basse.

Westfälische Porzellan- und Glas-Niederlage (Inh.: N. Hoffmann)

Westenhellweg 1-3 Dortmund Westenhellweg 1-3
Fernsprecher No. 138. Telegr.-Adr.: „Glashütte Hoffmann“

empfehlen ihr grosses Lager in

Porzellan-, Glas- u. Krystall-Waren.

Grösste und billigste Bezugsquelle für

Aussteuern, Hotel-Einrichtungen.

Bei ganzen Aussteuern Extra-Vergütung.

u. Hotel-Einrichtungen
Enorme Auswahl in Speise-, Kaffee-, Trink-
u. Wasch-Servicen.

Stets die neuesten und modernsten Formen und Dekore. Eigene Glasfabrik mit grosser Dampfschleiferei, Porzellan-Malerei, Glas-Malerei und Brennerie mit 4 Oefen. Zinngiesserei und Gravier-Anstalt.

Mein Geschäftsprinzip ist: Alles nur in bester Qualität.

Prima tadellose Ware.
Aeusserst billige Preise.

Versand nach auswärts unter Garantie. Niederlage der Königl. Porzellan-Manufaktur Berlin.

Wer

beteiligt sich an einem äusserst gewinnbringenden Unternehmen mit einer Einlage von 25-30000 Mark? Mitarbeit ist nicht erforderlich. Es wird für eine 10 prozentige Verzinsung garantiert.

Schriftliche Angebote beförd. die Geschäftsstelle d. Btg. *269

Auf Abbruch!

Ein gut erhaltenes Stallgebäude
nebst Abortanlage

billig abzugeben. 1286
Wo? sagt die Geschäftsstelle d. Blattes.

Kinder, welche Milch nicht mögen, nehmen sehr gerne die Speisen, welche mit

Dr. Oetker's

Vanille-Pudding-Pulver

bereitet sind. 25
1 Stück 10 Pfg. 3 Stück 25 Pfg.

Sämtliche Kolonialwaren vorrätig bei K. Brombach.

Städt. Rektoratschule zu Kamen.

Das neue Schuljahr beginnt am Dienstag, dem 16. April, morgens 8 Uhr. Die Aufnahme findet statt am Montag, dem 15. April, morgens 8 Uhr. Die Anmeldung neuer Schüler bitte ich bis zum 28. März mündlich oder schriftlich besorgen zu wollen unter Vorlegung der Geburtsurkunde und des Impfscheines. Zur Aufnahmeprüfung ist das letzte Schulzeugnis mitzubringen.

Kamen, den 5. März 1907.

Kiel, Rektor.

Städt. höhere Mädchenschule zu Kamen.

Die Anmeldung neuer Schülerinnen bitte ich bis zum 28. März mündlich oder schriftlich besorgen zu wollen, unter Vorlegung der Geburtsurkunde und des Impfscheines. — Zur Aufnahmeprüfung ist das letzte Schulzeugnis mitzubringen.

Die Aufnahmeprüfung findet statt am Montag, dem 15. April, morgens 10 Uhr. Der Unterricht beginnt am Dienstag, dem 16. April, morgens 9 Uhr.

Kamen, den 5. März 1907.

Kiel, Rektor.



Schützen-Verein Overberge.

Sonntag den 10. März cr.,
nachm. 5 Uhr,

im Vereinslokale beim Wirt Saarmann:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Wahl der Offiziere.
2. Verding der Schützenhüte.
3. Verschiedenes.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

293

Saison 1907!



Fahrräder

für
Herren u. Damen.

Reichhaltige Auswahl, nur erstklassige Fabrikate
in jeder Preislage.

Vorteilhafter als bei Bezug v. Versandgeschäften.

Grosses Lager in Zubehörteilen

als:

Laternen, Glocken, Laufdecken,
Schläuche, Calcium-Carbit etc.

Reparaturen jeder Art.

Emaillieren Vernickeln
prompt und billig.

Bitte meine Schaufenster zu beachten. 291

C. Müller, Kamen, Weststr.

Schulte-Oestrich & Hilgenstock Nachf.,

Inhaber: Peter Gross.

CAMEN, Nordenmauer 37

Baumaterialien-Handlung, Steinhauerei,

Lager in:

Flur- u. Wandplatten, Ton- u. Zementröhren, Treppen-
stufen, Krippen, Spül- und Schleifsteinen,
Zement, Gips, Schwemmsteinen, feuerfesten Steinen etc.

..... Weiss- und Wasserkalk.
Ausführung von: Marmor-, Terrazzo-,
Zementbeton- u. Asphalt-Arbeiten jeder Art.

Spezialität: Grab-Denkmal
in Marmor, Syenit u. Sandstein. 297

Unterhaltungs- Nachmittag

der

Handwerker-Zimmungen

und der

gewerbl. Fortbildungsschule
zu Kamen,

Sonntag den 10. März cr., nachmittags 4 Uhr
im Saale der Frau Wwe. Görtz.

Die Handwerker mit ihren Angehörigen, Gesellen
und Lehrlingen, sowie alle Freunde des Handwerks in
Stadt und Land sind hierzu freundlich eingeladen.
Kinder unter 14 Jahren haben keinen Zutritt.

— Eintritt frei. —

Das Komitee:

Steube. Knieper.

292t

Das zur Beckmann'schen Konfuzsmasse gehörige Wohnhaus nebst Stallung mit Gartenland

Kamen, Kirchhofsweg Nr. 68, soll durch den Un-
terzeichneten freihändig unter der Hand weit unter dem
reellen Werte verkauft werden. Anfragen sind bis zum
15. März an den Unterzeichneten zu richten.

Der Konfuzsverwalter:

Bona, Rechtsanwalt u. Notar.

294

Städtische Volksbibliothek

Die Bibliothek ist an den Wochentagen fortan
Montag, Donnerstag und Freitag geöffnet
zwar von 6 bis 8 Uhr abends. Sonntags geschieht die
Ausgabe wie bisher von 11½ bis 12½ Uhr mittags.

Der Ausschuss.

Für Kamen u. Unna

werden Feuerversicherungs-
Agenten oder stille Vermitt-
ler gesucht und angelehrt.

Offerten nach Dortmund,
Postfach Nr. 112. 285

Am Sonntag den 10.
März findet bei mir



BALL

und

Kölschen

auswürfeln

fiat.

Ww. Keitmann,
287i Lerche.

Brillanten

blendend schönen Feint,
sammetweiche Haut, ein zartes,
Gesicht und rosiges, jugendliches
Aussehen erhält man bei täglicher
Gebrauch der echten

Steckenpferd-Lilienmilch-Seife

v. Bergmann & Co., Berlin
mit Schutzmarke: Steckenpferd,
à St. 50 Pfg. bei: W. Felling,
wie bei Heinr. Jacobi.

Bims die Hände mit

Abrador

91

Rosfläms

mit Brut vorzuehrt radikal Rad-
machers Goldgeist. Patent-
gesch. No. 76198. Geruch u. Geschmack
kannigt d. Kopfhaut von Schuppen,
beordert den Haarwuchs, verleiht
Zugung von Parasiten. Wichtig für
Schulkinder. 128

in Kamen bei H. Jacobi, Dro-
H. P. Thiel, Dro.

Steckenpferd- Lilienmilch

Seife

erzeugt ein zartes, rosiges
jugendliches Aussehen, ein
sammetweiche Haut und
blendend schönen Feint.
à St. 50 Pfg. bei: Heinr. Jacobi.

Druck u. Verlag von A. Man in

Handschuhe

aller Art färbt, reinigt 649?

Färberei Galluschke,

Kamen, Weststr. 88.

Dortmund, Westenhellweg 191.



Zu meiner Weide
werden

Kinder

angenommen. 295

Westick. C. Middendorf.

Kamener Zeitung

Volkshfreund für Kamen und Umgegend
Expedition von J. Brombach in Kamen

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage
Für's Heim
monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die
Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig. —

Nr. 29.

Donnerstag den 7. März 1907.

35. Jahrgang.

Zweites Blatt.

Reichstag.

In fortgesetzter Staatsberatung am Montag erklärt
Geheimrat von Voebell

die Darstellung des Bayerischen Kuriers vom 3. März für falsch, wonach eine hohe Persönlichkeit aus der Umgebung des Fürstlichen Hofes vor den Wahlen an Dr. Spahn herantreten sei in der Absicht, ihn zu sprechen. Spahn habe dies aber abgelehnt mit dem Bemerkten, er sei für den Herrn nur in Gegenwart von Zeugen zu sprechen. Diese ganze Angelegenheit sei, soweit sie auf ihn ginzelt, von A bis Z vollständig erfunden. (Große Unruhe.) Ich überlasse es Herrn Spahn, eine Richtigstellung zu geben, die er für angemessen erachtet; aber ich erkläre es für eine eigentümliche Kampfweise des Bayerischen Kuriers, einen Beamten in dieser Weise bloßstellen zu wollen. Erzberger hat am Schlusse der in dieser Weise bloßgestellten Behörde eine von mir vorgelegte amtliche Niederschrift, die sich in den Akten der Reichskanzlei befindet, als unwahr bezeichnet. Ich habe Erzberger damals in Sachen Pöplau in amtlicher Eigenschaft empfangen. Ich war verpflichtet, den Inhalt dieser Unterredung für die dienstlichen Akten niederzuschreiben und zur Kenntnis meiner vorgelegten Behörden zu bringen. Erzberger erklärte, Pöplau sei bereit, sein Material gegen die Kolonialverwaltung herauszugeben, wenn das schwebende Disziplinungsverfahren gegen ihn, in dem in den nächsten Tagen der Termin vorbestimmt ist, aufgehoben würde. (Hört! Hört!) Diese Forderung wies ich natürlich zurück. Ich würde auch heute diese Sache nicht zur Sprache gebracht haben, wenn nicht in der Presse die Behauptung wieder aufgetaucht wäre, ich sei nicht bereit, an der Beseitigung der kolonialen Mißstände mitzuwirken. In dem Pöplau-Prozess überraschte mich die Aussage Erzbergers, wonach ich ein ablehnendes Verhalten gegenüber den Anzeigen und Beschwerden Pöplaus beobachtet haben soll. Diese Darstellung steht so vollkommen im Widerspruch mit den Tatsachen, daß ich verpflichtet war, zum Schutze meiner angegriffenen Ehre mein Äußerungsmaterial zu veröffentlichen. Ich glaube nicht, daß Erzberger heute noch mein Äußerungsmaterial bestreiten kann. (Erzberger ruft: Ich bestreite es! Zuruf: Unerhört!) Ich wies diesen Angriff entschieden zurück. (Lebhafter Bravo!) Ich werde Ihnen vorlesen, was von Erzberger selbst am 10. Juli 1906 in einem Protokoll unterschrieben und bezeugt wurde: Die Hauptsache bei den ersten Besuchen des Pöplau war, daß Pöplau mich bat, zu Herrn v. Voebell zu gehen und ihn zu ersuchen, ob die ihn betreffende Angelegenheit nicht auf andere Weise als durch ein Disziplinungsverfahren beendet werden könne. Ich bin dann auch bei Herrn v. Voebell gewesen, obgleich mir die Unsicherheit des Schrittes bewußt war. Entsprechend ist auch die Sache verlaufen. (Hört! Hört!) Der Chef der Reichskanzlei schließt: Das ist die sachlich vollständige Übereinstimmung mit dem, was ich gesagt habe. Ich überlasse nun das Urteil Ihnen über diese Angelegenheit, ob Sie dem bezeugten oder unbezeugten Erzberger glauben wollen. (Lebhafter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Nachdem Johann der neu gewählte christliche Arbeiterführer Behrens seine Jungferntrede und der Graf Mielchinski eine so aggressive Rede gehalten hatte, daß er zweimal zur Ordnung gerufen werden mußte, verteidigte Staatssekretär Graf v. Posadowski die Disziplinpolitik der Reichsregierung und erklärte die Angriffe auf das Reichsamt des Innern für ungerecht. Die Forderung nach

Änderung des Weingesezes, der Bäckereiverordnung und die Regelung der Verhältnisse im Gastwirtschaftsbetriebe wurde stets sorgfältig geprüft. Wenn wir Vorschriften zum Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeiter erlassen, so ist das keine ideologische Marotte, sondern unsere Pflicht und Schuldigkeit. Solange ich an dieser Stelle stehe, werde ich mich durch keine Angriffe abhalten lassen, diese meine Pflicht zu tun. (Beifall.)

Abg. Freiherr von Hertling (Zentr.):

Ich will die Spannung der Parteien nicht noch steigern; die jetzige Auflösung des Reichstags hat aber viel Nützlichkeit mit der von 1878, die wegen der Ablehnung des Sozialistengesetzes erfolgte. Damals beklagte sich Bismarck, daß er keine zuverlässige Mehrheit habe. Die Nationalliberalen, die damals die Mehrheit hatten, verlangten, daß die großen Vorlagen vor der Einbringung ihrer Fraktion vorgelegt werden sollten. Das verlangten wir nie. (Zwischenruf: Na! Na!) Die Zentrumsfraktion hat es stets abgelehnt, eine konfessionelle Partei zu sein in dem Sinne, als ob sie eine Konfession zu ungünstigen für anderen hier vertreten wolle. Tatsächlich sind wir die Vertreter der katholischen Landesparteien vom Rhein, von Westfalen, Schlesien, Bayern usw. Eine Regierung haben wir nicht ausgeübt. Wenn zwei Abgeordnete sich einiger Subalternbeamten annehmen, was hat die Fraktion damit zu tun? Was geht mich Pöplau, was Wistuba an? Wenn wir Kaufhandel treiben wollten, dann müßten wir schlechte Geschäftsleute sein. Der Reichstag wurde nach der zweiten Lesung aufgelöst, bis zur dritten wäre eine Verständigung sehr leicht zu finden gewesen. Es handelte sich also nur um einen Anlaß, nicht um einen Grund zur Auflösung. (Sehr richtig.) Sehr befremdete mich der Passus in dem Silvesterbrief, worin von der schwarzen roten Mehrheit gesprochen wird. Von diesem Worte bin durch die Vorkommnisse der letzten Wochen im tiefsten Herzen niedergeschlagen und belege sie nicht als Parteiman, sondern als Patriot. (Lebhafter Bravo! im Zentrum.) Wenn erst die wirtschaftlichen Vorlagen kommen, dann wird die Regierung gezwungen sein, eine Mittellinie zu finden. Wenn es dem Fürsten Bismarck gelingt, seine jetzige Majorität auf diese Mittellinie zu erzwingen, so werden auch wir sie ohne Ränke betreten. Ferner bedauere ich, daß der konfessionelle Friede gestört wird, daß das Zentrum wieder zur Oppositionspartei gemacht wird. Ein tiefer Zug des Mißtrauens und Verdens geht durch die katholische Bevölkerung. Die wenigen konservativen Elemente im Zentrum werden bei der künstlichen Förderung der Zersplitterung verschwinden. Wir werden keine Politik der Verärgerung treiben. Wir sind aber davon überzeugt, daß in der Politik Freundschaftsworte keinen Wert haben und daß wir uns auf die eigene Kraft zu stützen haben. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Abg. David (Soz.) hält eine liberale Politik für unmöglich, solange nicht Preußen das Dreiklassenwahlrecht aufhebt, eine solche Pflicht habe der Reichskanzler in seiner zehnjährigen Amtsdauer noch nicht geäußert. Er freue sich, daß das Zentrum wieder in die Opposition hineingetrieben sei, lange aber werde es nicht dauern. Eine Gelegenheit zu positiver Arbeit wird uns selten gegeben. Die Partei wolle nichts, was unmöglich oder was mit dem Stande der Wissenschaft in Widerspruch steht. Was für Hoffnungen hat der Reichskanzler von den Revisionisten gehabt? Sollten wir aus der Partei austreten, stolz und ungeduldet, und uns ihm zur Verfügung stellen? Was uns die Gegner anraten zu tun, wäre ver-

fehrt: wir tun, was wir der Macht und Größe unserer Bewegung schuldig sind.

Persönlich bemerkt Abg. Erzberger, er werde Dienstag auf die Ausführungen des Chefs der Reichskanzlei antworten. Er habe lediglich eine generelle Untersuchung aller Beschwerden über die Mißstände, die Pöplau jahrelang vergebens an den Staatssekretär des Innern und dem Reichskanzler richtete, gefordert, er habe aber nicht die Einstellung des Verfahrens gegen Pöplau verlangt. — Hierauf verlegt sich das Haus.

Umgestaltung der mecklenburgischen Verfassung.

Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin hatte die 6 Landräte des Landes zu sich aufs Schloß entboten und richtete an sie in Gegenwart des Staatsministeriums folgende Ansprache: Als ich im Jahre 1901 die Regierung meines Landes übernahm, hatte ich mir vorgenommen, in der Verfassungsfrage so lange keine Schritte zu tun, bevor ich ein Urteil über die bestehenden Verhältnisse gewonnen hätte. Mehr und mehr bin ich der Überzeugung geworden, daß die jetzige Verfassung des Landes den berechtigten Anforderungen der neueren Zeit nicht mehr genügt, und daß es das Wohl meines Volkes erfordert, auf eine zeitgemäße Umgestaltung derselben hinzuwirken und somit das von meinem hochseligen Herrn Großvater, dem Großherzog Friedrich Franz II., begonnene, aber nicht zu Ende gebrachte Werk fortzuführen. Ich habe deshalb schon vor längerer Zeit mein Staatsministerium beauftragt, ein Gutachten über die Frage der Reformbedürftigkeit der bestehenden Ständeverfassung vorzulegen. Dasselbe ist mir im vorigen Sommer überreicht worden. Nach eingehender Prüfung dieses Gutachtens bin ich in der Ansicht bekräftigt worden, daß es an der Zeit ist, die Verfassungsverhandlungen mit den Ständen wieder aufzunehmen. Ich habe mich darauf zunächst des Einverständnisses Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs von Mecklenburg-Strelitz mit diesem Vorgehen versichert und nunmehr meinem Staatsministerium befohlen, die erforderliche Vorlage zu bearbeiten und sie für einen im nächsten Jahre von mir einberufenen außerordentlichen Landtag fertigzustellen. Ich habe nun Sie, meine Herren Landräte, heute zu mir berufen, um Ihnen aus den ersten von meiner Entschließung Kenntnis zu geben. Dabei gedente ich dankbar des langen, gesegneten Zusammenwirkens von Landesherrn und Ständen zum Besten des Landes. Auch bekenne ich nicht, daß für alle, die in überkommener Tradition mit den ständischen Verhältnissen eng verbunden sind, der Übergang in den neuen Verfassungszustand nicht ohne Opfer und Entfagung geschehen kann. Da es sich aber um das Wohl des gesamten Landes handelt, hege ich das Vertrauen, daß Sie ebenso wie ich dazu bereit sein werden, solche Opfer auf sich zu nehmen, und gebe mich der Hoffnung hin, daß Sie alsdann, wenn meine Vorschläge den Ständen zur Beratung vorgelegt werden, mir Ihre Unterstützung gewähren werden. Möge diese meine Ihnen kundgegebene Entschlieung unter Gottes gnädiger Hilfe meinem geliebten Lande zum Segen gereichen.

Der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz ließ den Landrat zu sich bescheiden und teilte demselben mit, daß er beschloßen habe, im Anschlusse an die vom Großherzog von Mecklenburg-Schwerin im Ausficht gestellte Verfassungsvorlage dem Landtage eine Vorlage zur Änderung der Verfassung für Mecklenburg-Strelitz zugeben zu lassen.

Mannigfaltiges.

— Vier chinesische Polizeioffiziere sind in Berlin eingetroffen, um sich über die dortigen Verhältnisse zu unterrichten und im Polizeiwesen ausgebildet zu werden. Die Herren, die sämtlich subiert haben, werden in Berlin mehrere Monate praktisch tätig sein.

— Gestrandet ist der Hamburger Schoner „Wanderer“, Kapitän Schnadenburg, am Freitag morgen am Neßnaesriff. Das Schiff, das mit einer Zementladung von Malborg nach Kiel unterwegs war, ist voll Wasser und gilt als verloren. Die Mannschaft ist gerettet.

— Gegen die Schlepven. Die Kommission des Prager Stadtrates beschloß, daß Schlepventragen, das bisher schon in den Stadtanlagen verboten ist, nunmehr auch in allen Straßen der Stadt Prag zu verbieten, bei Androhung empfindlicher Geld- und Haftstrafen.

— Feuer brach am Montag in Magdeburg in der Verkaufsstelle der Nabeberger Hutfabrik aus, das bald das ganze Haus ergriff. Sechs Personen sind bereits von der Feuerwehre gerettet worden. Der Dachstuhl steht in hellen Flammen.

— Eisenbahnunfall. Am Sonntag morgen 10 Uhr konnte der von Teterow in Gnoien eintreffende Güterzug Nr. 8011 infolge der Glätte der Schienen nicht rechtzeitig zum Halten gebracht werden und fuhr durch den Lokomotivschuppen hindurch, indem er die Tür und die Hinterwand des Gebäudes durchbrach und eine im Schuppen stehende Lokomotive mit fortnahm. Hinter dem Schuppen entgleisten beide Lokomotiven sowie neun Güterwagen, welche teilweise stark beschädigt wurden. Der Lokomotivführer und der Heizer des Zuges konnten sich durch Abspringen retten. Der Zugführer wurde zwischen den Wagengängen eingeklemmt und leicht verletzt. Der Materialschaden ist beträchtlich.

— Auf der Grube Dudweiler bei St. Johann stürzte am Montag vormittag infolge Versagens der Bremse an der Fördermaschine der Förderkorb mit 33 Mann in die Tiefe. Zwei Mann sind tot, verletzt ist einer.

— Zu dem Beifall in Kronstadt wird gemeldet: Der bei seinen Forschungen an Bubonepest erkrankte Arzt des 2. sibirischen Regiments Schreiber ist gestorben; die Leiche wurde verbrannt.

— Ein junger Mann, der auf einem Bonadner Bahnhof verhaftet werden sollte, feuerte auf die Polizeibeamten Revolvergeschosse ab, durch die ein Polizeibeamter getötet und ein Bahnaufseher schwer verletzt wurde. Der Attentäter sprang dann durch ein Fenster des Bahnhofgebäudes auf die Straße und verletzte noch eine Person durch einen weiteren Schuß. Dann verübte er Selbstmord, indem er sich eine Kugel in den Kopf schob.

— Freundschaft zwischen Rehbock und Jagdhund. Der Elbinger Zeitung schreibt Forststrat Schröder: „Als ich Dienstag nachmittag nach dem Forsthaus Seetisch fuhr, war ich Zeuge eines eigenartigen Schauspiels. Meine junge, jagdbild noch rohe Brautjungferin begleitete den Wagen und leistete sich am Knappenberg eine Spezialtour, offenbar auf der Suche nach einem Hasen. Da gewahrt sie — und ich auch — einen Rehbock auf der Saat, der anscheinend gut durch den Winter gekommen war, denn er war ziemlich fett und hatte das neue Gehörn eine Hand hoch geschoben. Natürlich fährt die Hündin mit lautem Bellen auf den Bock los. Aber anstatt sich zu empfehlen, kommt ihr der Bock auf halbem Wege entgegen und attackiert die Hündin regelrecht. Nun begann ein Hin- und Herspringen und Sichumarmen, als ob zwei Hunde zusammen spielen. Endlich auf mein Pfeifen und Rufen kam die Hündin zum Wagen, noch eine Strecke verfolgt von dem hitzigen Rehbock. Als ich in der Dämmerung zurückfuhr und das Erlebnis des Nachmittags beinahe vergessen hatte, kommt plötzlich am Dambitzer Sandberge der Rehbock in langen Fluchten auf die Hündin los. Und wieder

begann das Spiel des Nachmittags und zog sich auf die Chaussee und bis auf 30 Schritte an den Wagen heran. Er stals der Bock in der Hitze des Gefechts des nahen Wagens ansichtig wurde, ging er in langen Fluchten ab, dem Walde zu. Eine Erklärung für das Gebahren des Bodes fehlt mir vollkommen. Zum Glück habe ich in meinem Kutscher und einem vorbeifahrenden Herrn Zeugen des Vorfalles, so daß man mir nicht fälschlicherweise vorwerfen kann. Dem Besitzer von Dambitz wünsche ich in der kommenden Saison Weidmannsheil auf diesen freitbaren Urian“.

— Der Wert der Kinderausagen. Ueber die Unzulänglichkeit von Kinderausagen wird aus Beherkreisen der Stadt Annaberg im Erzgebirge folgendes veröffentlicht: Einem Knaben, der bereits das fünfte Jahr zur Schule geht, war neulich angeblich während des Unterrichts sein Ranzen unter der Bank verschwunden. Alles Suchen war vergeblich, der Knabe aber behauptete bestimmt, den Ranzen mit zur Schule gebracht zu haben, und drei Schulkameraden bestätigten seine Aussagen. Der erste Zeuge gab an, er habe den „Verlustträger“ in Begleitung seines Bruders zur Schule gehen sehen; er trug den Ranzen auf den Rücken. Der zweite Zeuge erklärte, er habe den betreffenden Schüler mit dem Ranzen auf den Rücken im Schulhause gesehen und der dritte Zeuge (Nachbar) hatte gesehen, wie der Ranzen auf die Bank gelegt wurde. Nun wurde der Verlustträger nach Hause geschickt und dort lag sein Ranzen noch auf einem Stuhle, er hatte ihn tatsächlich vergessen! Also Vorsicht bei Kinderausagen!

— Die Genidstare ist in der Umgegend von Reichenbach in Schlesien ausgebrochen. Bisher wurden neun Ertrankungsfälle festgestellt.

Verantw. Redakteur Fr. Meyer, Kamen.
Druck und Verlag von C. May in Sörde.

Unter dem neuen Personen-Tarif.

Erleichterungen und Ermäßigungen im Eisenbahnverkehr.

Am 1. Mai d. Js. tritt der neue Personen-Tarif bei den Staatsbahnen in Kraft. Hierüber hat sich in einer der letzten Sitzungen der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses der Eisenbahnminister in eingehender Weise geäußert. Aus seinen Ausführungen, die viele Kreise interessieren dürften, seien die folgenden hervorgehoben:

Die neuerdings in der Presse hervorgetretene ungünstige Beurteilung des Reformtarifs habe den Minister veranlaßt, noch einmal zu prüfen, ob nicht in anderer Weise Erleichterungen geschaffen werden können, er sei zu dem Ergebnis gekommen, daß hierzu die Möglichkeit vorliege, wenn man den Gepäcktarif in den Stufen ermäßige, in denen zurzeit in Norddeutschland Freigepäck gewährt werde, also bis zu 25 Kilogramm. In diesem Bestreben habe er beim Finanzminister Entgegenkommen gefunden. Der Gepäcktarif werde also dahin geändert werden, daß für die Gewichtsstufen von 1 bis 25 Kilogramm bis zu 50 Kilogramm 20 Pfg., von 51—100 Kilogramm 50 Pfg., darüber hinaus 1 Mark erhoben werde. Damit der Abstand zwischen dieser Vorstufe und der ersten Stufe nicht so stark sei, sei ferner eine Zwischstufe für Gewichte von 26 bis 35 Kilogramm mit dem Satz der bisherigen ersten Stufe eingeschoben. Diese Ermäßigung werde allerdings einen rechnermäßigen Ausfall von 2 Millionen Mark bedeuere, für die übrigen Verwaltungen verhältnismäßig noch höher sei. Die Erhebung von Schnellzugszuschlägen erfolge nur auf D-Bügn und allen dem großen durchführenden Verkehr dienenden Abteilzügen, nicht aber in solchen Schnellzügen, die mehr dem Lokalverkehr dienen, diese Züge erhalten die Bezeichnung „Eilzüge“. Die Beschränkung bedeutet einen weiteren Ausfall von zwei Millionen Mark. Die Gepäckabfertigung gestaltet sich in Zukunft sehr einfach. Von einer Verwiegung des Gepäcks soll tunlichst abgesehen werden, höchstens zur Kontrolle solle sie stattfinden. Der Reisende weiß meistens, was sein Gepäck wiegt und kann die Frucht dadurch kontrollieren, daß auf jede Fahrkarte die Entfernungszone aufgedruckt werde. Zur Bequemlichkeit der Reisenden können gleich bei der Abreise zwei Karten für Hin- und Rückfahrt gekauft werden. Sonntagskarten bleiben im bisherigen Umfang bestehen. Es schweben augenblicklich Verhandlungen darüber, ob von einer Beschränkung der Fahrunterbrechung ganz abgesehen werden kann. Die vor dem 1. Mai gelösten Rückfahrkarten würden während ihrer Geltungsdauer über den 1. Mai hinaus dieselben Rechte haben wie jetzt, insbesondere würden für die Rückreise keine Schnellzugszuschläge zu zahlen sein, auch das Freigepäck würde berücksichtigt. Es sei auch Anordnung getroffen, die Vorausbestellung von Plätzen in den D-Bügn beizubehalten, eine besondere Gebühr hierfür werde nicht erhoben. Wenn eine fünfköpfige Familie mit 5 Billets und 5x25 Kilogramm Gepäck reise, so soll sie nur mit den Beträgen der ersten Stufe fünfmal belastet werden, also so, als ob jedes seinen eigenen 25 Kilogramm-Koffer aufgegeben hätte.

Deutschland.

— Graf Rosadowsky hatte kürzlich die Absicht angekündigt, demnächst die Vereinigten Staaten zu besuchen. Vom Kaiser wurde ihm nahegelegt, als Vertreter des Deutschen Reiches an den bevorstehenden Feierlichkeiten des Carnegieinstituts in Pittsburg teilzunehmen. Minister Müller und die anderen kaiserlichen Delegierten machen die Reise auf Kosten des schottisch-amerikanischen Millionärs Andrew Carnegie. Graf Rosadowsky hat sich dagegen nach der „Königsberger Hartung'schen Zeitung“ entschlossen, seinen Besuch bis zum Hochsommer zu verschieben und sämtliche Ausgaben aus seiner eigenen Tasche zu bestreiten, um auf seiner Studienreise unabhängiger zu sein und deren privaten Charakter zu wahren.

Ausland.

Russland.

— (Nette Sicherheitsdaten.) Von informierter Seite erfährt der Vertreter des „B. L.“, daß die Schutzpolizei von dem bevorstehenden Anschlag gegen den Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch auf dem Bahnhof von Jaroslaw-Selo rechtzeitig unterrichtet war und den Kommandeur, sowie die Offiziere des Bahnbataillons benachrichtigt hatte. Obgleich alle Offiziere des Bahnbataillons auf dem Bahnhof anwesend waren, hatte keiner Augen dafür, was auf dem Gleise vorging. Der ganze Fall, wie die nachlässige Art der Bewachung des kaiserlichen Spezialgleises, auf welchem fast vor den Augen des ganzen Offizierbestandes des Bahnbataillons die Bombe direkt unter den zur Abfahrt bereitgestellten Zug gelegt werden konnte, hat sehr stark verstimmt und zur Verabschiedung des Kommandeurs des Bahnbataillons geführt, auch soll das Bataillon vom Dienst entfernt werden.

— In Odesa wurde der Kassierer der russischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft von fünf Revolutionären überfallen und um 4000 Rubel beraubt. Die Täter versuchten zu entfliehen, es gelang aber, zwei von ihnen festzunehmen. Ein anderer wurde erschossen; bei ihm wurden 2500 Rubel gefunden. Zwei der Räuber sind entkommen.

Spanien.

— Ein spanisch-französischer Vertrag über den Bau von drei in Pyrenäen durchschneidenden Eisenbahnen ist von der „Gaceta de Madrid“ veröffentlicht worden. Die erste Linie soll in Argles-Thermes ihren Anfang nehmen, zwischen Bourg-Madame und Puigcerda die Grenze überschreiten und in Nivoli sich mit den spanischen Bahnen vereinigen. Die zweite Linie wird von Oloron ausgehen und sich in Zuera mit den spanischen Bahnen vereinigen. Die dritte Linie geht von St. Girons aus und schließt sich in Sort an eine von Spanien nach zu bauende spanische Bahn an. Beide Staaten haben sich verpflichtet, den Bau jeder dieser Linien in spätestens zehn Jahren fertigzustellen.

Kolonien.

— Der Vertrag zwischen dem Fiskus des Schutzgebiets Yogo und der Gesellschaft Benz u. Co. über den Betrieb der Landungsbrücke der Küstenbahn und der Inlandbahn in Yogo bis 31. März 1908 ist dem Reichstage vorgelegt worden. Als Pachtzins hat die Pächterin a. von den Bruttoeinnahmen aus dem Personenverkehr, soweit er über die Landungsbrücke geht, die

Hälfte, aus dem Güterverkehr des Landungsbrückenbetriebes 3 Mark für die Tonne und von den übrigen Bruttoeinnahmen ein Drittel, b. mindestens aber den für 110 Prozent der Betriebsausgaben aufkommen den Teil der Bruttoeinnahmen zu zahlen. Die Beförderung von Truppen geht allem voran. Die Maximaltarife fest die Kolonialabteilung fest. Bei Ablauf der Pacht übernimmt der Fiskus das Material gegen Barzahlung. Beamte braucht der Fiskus nicht zu übernehmen, doch verpflichtet er sich, gut ausgebildete Personen beizubehalten. Für Streitigkeiten ist ein Schiedsgericht eingesetzt.

Westfalen und Rheinland.

? Soest, 6. März. Von einem rätselhaften Vorgang wird berichtet: Am vergangenen Samstagabend bemerkte ein Bahnbeamter, der mit seinem Rade von Soest nach Westfalen fuhr, am Ufer der Schelde dicht hinter der Schwanebrücke zwei Gestalten. Als er darauf zukam, sah er, wie eine männliche Person die Flucht ergriff. In der Schelde aber lag mit dem Oberkörper eine Frauensperson, die dem Ertrinken nahe war. Mit Hilfe eines anderen Mannes wurde die Frau aus dem Wasser gezogen und auf einem Wagen des Gutsbesizers Schulze-Schwanebrücke zum Krankenhaus nach Soest gebracht. Noch am demselben Abend wurde der Entflohene von Knechten eingefangen und in einer Kammer eingesperrt. Am anderen Morgen wurde er von der benachrichtigten Polizei geholt. — Nach einer späteren Meldung ist der Verhaftete der Gelegenheitsarbeiter Peter Lemann, und die Person, die er zu ertränken versuchte, seine Ehefrau. Die letztere konnte Sonntag mittags aus dem städtischen Krankenhaus in Soest wieder entlassen werden. L., der aus dem Borschen stammt und auf dem Faulenpoth wohnt, gab bei seiner Vernehmung an, die Tat in der Trunkenheit ausgeführt zu haben und nichts davon zu wissen. Montag morgen wurde er dem hiesigen Amtsgericht zugeführt.

? Mülheim (Ruhr), 6. März. (Verschwunden.) Hier ist der Metallhändler Heinsberg verschwunden. Alle Nachforschungen der Kriminalpolizei nach dem Verschwundenen sind bisher vergeblich gewesen. Von dem Wirt Scholl, dem Inhaber des Lokals, in welchem Heinsberg kurz vor seinem Verschwinden mit Artisten Streit gehabt hatte, ist der Behörde eine namhafte Summe überwiesen worden, die demjenigen ausbezahlt werden soll, der Aufklärung in die dunkle Angelegenheit bringt.

? Solingen, 5. März. In großer Lebensgefahr schwebten in der Samstag Nacht drei Familien des Hauses Hochstraße 15. Etwa gegen halb drei Uhr brach in dem im Parterre gelegenen Ladenraum Feuer aus. Der Brand wurde erst gegen zwei Uhr von den in den oberen Räumen schlafenden Bewohnern bemerkt, als das ganze Haus bereits mit Rauch angefüllt war. Die Versuche der Hausbewohner, durch den Rauch auf die Straße zu kommen, scheiterten durch die brennenden Gegenstände aus Hartgummi und Zellulose, welche giftige Gase entwickelten. Erst als Straßenpassanten den Brand bemerkten und die Haustür einschlugen, konnten die Gase abziehen, und es gelang Bewohnern noch im letzten Augenblick ins Freie zu kommen. Der Brand wurde von der Feuerwehr nach vierstündiger Arbeit gelöscht; Parterre und erstes Stockwerk sind ausgebrannt.

? Duisburg, 6. März. Der Rangierer Krone geriet bei der Gasanstalt zwischen die Buffer zweier Eisenbahnwagen und wurde so schwer verletzt, daß er kurz darauf verstarb.

? Düsseldorf, 6. März. Wegen Heiratschwindel verurteilte das hiesige Kriegsgericht den Münsterer Faller von der 11. Compagnie des Infanterie-Regiments 56 in Wesel zu einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten.

? Elbe, 6. März. (Schwurgericht.) Der Bergmann Friedrich Cohnmann aus Wörs-Hochbach hatte in der Nacht vom 6. zum 7. August v. Js. seine Frau vorsätzlich derart körperlich mißhandelt, daß sie an den erlittenen Verletzungen starb. D. hatte sich wegen dieser Straftat vor dem hiesigen Schwurgericht zu verantworten, das ihn unter Zubilligung mildernder Umstände zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr und drei Monaten verurteilte.

? Mülheim (Ruhr), 6. März. (Erschossen.) In Buchheim erschoss Sonntagabend um 7 Uhr aus Unvorsichtigkeit ein Junge von 13 Jahren den 11jährigen Schüler Michael Herkenrath. Mehrere Jungen spielten mit einer am Tage vorher in Köln gekauften Luftgewehr, wobei Herkenrath zusah. Plötzlich entlief sich die Waffe und die Kugel drang dem Herkenrath in die Brust, der tot zur Erde fiel.

? Köln, 6. März. (Selbstmord.) In einem hiesigen Hotel-Restaurant hat sich Montagabend ein junger Mann auf dem Abort durch einen Schuß in den Kopf getötet; er soll dem Kellerhande angehören.

? Mayen, 6. März. (Ueberrfahren.) Der Steinhauer Henrici ist beim Ueberrfahren des Bahndamms von einer Lokomotive überfahren und getötet worden.

? Bonn, 6. März. Unarten ihres Schoßhündchens kamen, wie der „Bonner General-Anzeiger“ schreibt, einer älteren Dame von hier teuer zu stehen. Es war ein bieder, fetter Mops, der mit seiner Herrin im Hause gegen jede Zeitung an einem Strange zog. Wo das Tierchen eine Zeitung erblickte, fraß es sie einfach auf und wenn sie noch so groß gewesen wäre; höchstens, daß es einige Fäden für eine zweite Mahlzeit in einer Ecke oder Winkel der Wohnung verbarg. Unzählige Streitigkeiten und Reklamationen hatte es deshalb im Hause schon gegeben. Die Zeitungsboten mußten mit raffinierter Schamtheit zu Werke gehen, um dem Vierfüßler zuvorzukommen. Also der Hund war arg aufs Papier; aber nicht allein auf Zeitungspapier, wie sich bei passender Gelegenheit zeigen sollte. Die Dame hatte nämlich eines Tages eine artige Sammlung von blauen Scheinen im Hause; voller Freude zeigte sie diese ihrem Liebling und der Mops fand selbst auch solchen Geschmack daran, daß er gleich ein Duzend davon in einem unbewachten Augenblicke nach alter Gewohnheit gleich den Zeitungen verschlang. Er glaubte damit seiner Herrin einen Gefallen zu tun aber wenn die auch kaltlächelnd zusah, wenn ihr Liebling anderer Leute Zeitungen verschlang, so war sie doch einer Ohnmacht nahe, als sie ihn bei dieser Arbeit übernahm. Nun war guter Rat teuer; die schönen Hundertmarkscheine gärten im Magen des Mopses. Na! die Wissenschaft kennt ja die verschiedensten Wege, den Innegehalt von Magen und Darm wieder an die Luft zu befördern. Viel Mühe hat sich in dieser Beziehung ein Veterinär mit dem Mops gegeben; doch das Resultat waren die Fäden von drei Scheinen, auf denen noch eine Nummer erkennbar war, so daß hierfür Ersatz geleistet werden konnte. Von den übrigen kamen nur mehr kleinste Fasern und Fäden zum Vorschein. Die Reichsbankschulden waren durch das Verdienst dieses papierfressenden Mopses um ganze 900 Mark geringer geworden. Sehr viel Mühe aber hat die Dame sich seit jener Zeit gegeben, dem Hundestier das Papierfressen abzugewöhnen; es ist leider nicht gelungen. Als der Mops dann kürzlich noch einmal einen solchen Raub zugunsten der Staatskasse unternahm, erlag er der Hinterlist eines erberechtigten Neffen seiner Herrin, dem ernstlichen Bedenken wegen der Staatspapiere der Tante entstanden waren, und der den goldgierigen Mops einfach dem Aboder zum Töten übergab.

Die preussischen Hausbesitzer.

Die ordentliche Tagung des Preussischen Landesverbandes der Haus- und Grundbesitzer-Vereine war — wie seit 2 Jahren üblich — nach Berlin einberufen worden. Die geschäftlichen Verhandlungen finden im Bürgerpale des Rathhauses statt. Zum Begrüßungsabend im „Alte städter Hof“, der am Sonnabend den Geschäften vorausging, hatten sich etwa 60 Sendboten des Preussischen städtischen Grundbesitzes eingefunden.

Die erste Sitzung wurde durch den Verbandsvorsitzenden Justizrat Dr. Baumer-Spandau eröffnet und geleitet. Als Vertreter des Regierungspräsidenten in Potsdam nahm Regierungsrat Söbberich teil; das Berliner Polizeipräsidium war durch den Gewerberat Schmidt vertreten. Dr. F. Bahl, der Verbandssekretär, erstattete den Jahresbericht. Aus demselben ging hervor, daß der Verband zurzeit über 120 Vereine mit etwa 60 000 Mitgliedern zählt. Der Vortragende sprach von den vielen Petitionen und Eingaben, die der Verband abgehandelt, von den Erfolgen, die seiner Tätigkeit beizubringen, von denen, die ihm vorläufig noch versagt geblieben sind. Im Anschluß an den Jahresbericht wurden auf Antrag des Vorsitzenden folgende Resolutionen angenommen:

1. Es ist nach wie vor anzustreben, daß durch eine entsprechende Abänderung des Staatseinkommensteuergesetzes die Abgabefähigkeit der Grund- und Gebäudesteuer in voller Höhe ihres Betrages bei der Einschätzung des Einkommens aus Grundbesitz ermöglicht wird.

II. Der Preussische Landesverband hält es für zweckmäßig, daß:

a) möglichst in allen preussischen Gemeinden die Haus- und Grundbesitzervereine eine ständige Wohnungskommission nach dem Vorbilde der Wohnungskommission des Berliner Bundes einrichten, um etwaige Beschwerden über die Wohnungs- und Wohnverhältnisse zu prüfen und etwa vorhandene Mängel abzuwecken,

b) daß zur Förderung des Wohnungswesens, insbesondere zur Herbeiführung einer besseren Uebereinstimmung von Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt, die Wohnungstatistik nicht nur in den Großstädten, sondern auch in den kleineren Städten ausgebaut wird. Für die Wohnungstatistik der kleineren Städte sind provinzial-städtische Ämter zu schaffen.

Apotheker Schreiber wandte sich gegen die Wohnungsentziffer der Ortskrankenkassen. Der Berliner Bund habe die in der Königl. Schrift erhobenen Anlagen gegen eine Reihe von Wohnungen durch eine Kommission aus gewissenhaftesten nachprüfen lassen und schloß, daß die Schrift Unrichtigkeiten enthalte. Die Sterblichkeitsziffer für Berlin sei 14,5 gegenüber der Durchschnittsziffer von 18,2 in Preußen. Ein Wohnungsgebot für Städte unter 10 000 Einwohnern und für das Land wäre eher angebracht, als ein solches für Städte über 10 000 Einwohner. — Nach einem tiefschachtigen Vortrage über die schon vielfach erörterte „Wertzuwachssteuerfrage“ des Justizrat Dr. Lemberger-Halle und einer eudlosen Debatte über diesen Gegenstand der Tagesordnung, wurde folgende Resolution Schreiber, die an nichts zu wünschen übrig läßt, angenommen: „Die Wertzuwachssteuer ist auf alle Fälle abzulehnen.“

Dreiviertel Millionen gefälschter Banknoten.

Nachspiel zur Affäre Grünenthal.

Die Reichsbanknotenfälschung Grünenthal's, Ende der neunziger Jahre in Deutschland so viel Staub aufwirbelnd, erfahren jetzt durch den Jahresbericht der Reichsbank eine überraschende Aufklärung. Als man die mit raffiniertem Geschick ausgeführten Banknotenfälschungen Grünenthal's aufdeckte, wurden insgesamt für rund eine halbe Million gefälschte Reichsbanknoten festgestellt. Ein großer Teil der Scheine wurde bei der Geheben Grünenthal's, Ella Goltz gefunden. Jetzt stellt sich heraus, daß die Fälschungen Grünenthal's noch größer gewesen sind. In der Zwischenzeit sind noch für rund dreiviertel Millionen Mark Fälschungen entdeckt worden. In dem Jahresbericht der Reichsbank wird darüber folgendes mitgeteilt:

Bei Einziehung der Reichsbanknoten zweiter Emission zu 100 Mark hat sich ergeben, daß gegenüber einem Emissionsbetrage von 935 000 Stück (gleich 935 000 000 Mark) bis zum Rechnungsabluß 935 740 Stück (935 740 000 Mark) zur Einlösung gelangt sind. Die Tassache ist auf die von Grünenthal's aufgedeckte, in der Verwaltungsberichten 1898 bis 1903 erwähnten Fälschungen zurückzuführen. Grünenthal's, welcher bei der Reichsdruckerei vom 1. 1885 bis Oktober 1897 in verschiedenen Dienststellungen, zuletzt Oberfaktor tätig war, hatte bis auf den Stempel- und Nummernausdruck fertigestellte Notenformulare, darunter auch Formulare zu Tausendmarknoten der zweiten Emission, aus den Vorräten der Reichsdruckerei entwendet, die Stempelung und Nummerierung mit Hilfe von Stempeln und Ziffern aus den Beständen der Reichsdruckerei selbst ausgeführt und die Stücke dann als echte Noten in den Verkehr gebracht. Durch einen Zufall wurde im März 1898 sein verbrecherisches Treiben entdeckt; während der Untersuchung nahm er sich das Leben.

Vor der Entdeckung war es für die Beamten der Reichsbank tatsächlich unmöglich, die Unrechtheit der Stücke zu erkennen. Erst nach der Entdeckung gelang dies durch sorgfältige Prüfung des Stempel- und Nummernausdrucks mit Hilfe einer von der Reichsdruckerei zu diesem Zwecke hergestellten, die genaue Lage des Stempel und der Ziffern auf der Druckplatte ersichtlich machenden Glasplatte. Seit dem März 1898 wurde auf diese Weise in den damaligen Beständen der Reichsbank und den späteren Eingängen, aus dem Verkehr insgesamt 527 600 Mark in gefälschten Tausendmarknoten der zweiten, bis zum März 1898 von der Reichsdruckerei gelieferten Emission. — nachgewiesen. Für den Betrag erhielt die Reichsbank Deckung teils durch Verwertung des beschlagnahmten Vermögens Grünenthal's, teils mit Rücksicht auf die der Reichsdruckerei zufallende Vermögenssteigerung — durch Ersatzleistung von Seiten des Reiches.

Offenbar sind jedoch bis zum März 1898 von Grünenthal's gefälschte Noten II. Emission zu 1000 Mark in viel größerer Zahl, als nachgewiesen werden konnte, in den Verkehr gebracht, von der Reichsbank trotz sorgfältigster Prüfung unentdeckt als echt eingelöst und demnach verbrannt worden, so daß der Umlauf von echten Noten durch die Verbrennungen sich tatsächlich vermindert hat. Da die Reichsbank die gefälschten Noten eingelöst hat, so sie jetzt den Betrag von 740 000 Mark auf ihr Verlangen abschreiben.

Vermischtes.

— „Glückwunsch verbieten.“ Im Anzeigenteil des „Bauerburger Kreis- und Lokalblatt“ lesen wir folgenden Geburtsanzeige: „Die glückliche Geburt von Bierling zeigt an... (folgt Name). Glückwunsch verbieten.“ Es gibt doch noch altschulische Familienväter!